



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

30. Sitzung (öffentlich)

18. April 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

12:20 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde 5

Thema: **Fachhochschule Gelsenkirchen/Inkubatorzentrum**

- Berichts-anforderung der Grünen-Fraktion

Der Ausschuss nimmt zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Stellungnahme von Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) entgegen, der sich eine Aussprache anschließt.

2 Innovationsbericht 2006 8

Vorlagen 14/788, 14/789 und 14/1003

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes. Staatssekretär Dr. Jens Baganz (MWME) und Staatssekretär Dr. Michael Stückradt (MIWFT) stehen für die Landesregierung Rede und Antwort.

3 Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 16

hier: **Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan**

Vorlage 14/965

Nach kurzer Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, die Anmeldung des Landes Nordrhein-Westfalen zum 36. Rahmenplan der Bund/Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - Vorlage 14/965 - zur Kenntnis zu nehmen.

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVotU) 18

Vorlage 14/979)

Der Ausschuss fasst ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat gegen die Ausfertigung des Verordnungsentwurfs - Vorlage 14/979 - keine Einwände.

5 Im Zentrum des Nationalpark Eifel: Auf die historisch angemessenen und nationalparkverträglichen Kernnutzungen konzentrieren 19

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3852

Vorlage 14/708

Der Ausschuss fasst einvernehmlich den Beschluss, im Mai gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Anhörung zu veranstalten, deren Ergebnisse von der Landesregierung in ihrer zweiten Leitentscheidung berücksichtigt werden. - **Nachtrag:** Per Obleutebeschluss vom 03. Mai 2007 wird die Anhörung auf den 6. Juni 2007 terminiert. - Beginn: 14 Uhr

6 Zusätzliche Versalzung von Werra und Weser verhindern! 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3691

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3691 wird ohne weitere Aussprache und ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

7 Kommunale Wirtschaftskraft erhalten, Lebensqualität der Menschen in NRW sichern 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3837

Und:

8 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3979

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3977

Der Ausschuss verständigt sich ohne weitere Aussprache darauf, im Sinne des Vortrags seines Ausschussvorsitzenden zu verfahren und darüber hinaus - so der Vorschlag der antragstellenden Fraktion - den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3837 auf die Zeit nach der Anhörung zu schieben.

9 Verschiedenes

a) Hannover-Messe 2007

b) Propylen-Pipeline

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 22 des Diskussionsteils.

7 Kommunale Wirtschaftskraft erhalten, Lebensqualität der Menschen in NRW sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3837

Und:

8 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3979

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3977

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps legt dar, der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3837 sei vom Landtag in dessen Sitzung am 7. März 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung in den hiesigen Ausschuss und den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden.

Die Gesetzentwürfe der Landesregierung seien nach erster Lesung im Parlament am 29. März 2007 an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den hiesigen Ausschuss und den Ausschuss für Bauen und Verkehr zur Mitberatung überwiesen worden.

Der AWME habe bislang weder über den Antrag der SPD-Fraktion noch die beiden Gesetzentwürfe der Landesregierung beraten. Aus dem federführenden Ausschuss habe er, Knieps, die Information erhalten, dass zu den Gesetzentwürfen voraussichtlich im Juni eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt werde. Wie solle der hiesige Ausschuss mit dem Antrag und den Gesetzentwürfen verfahren?

Soweit es um die Gesetzentwürfe gehe, schlage er vor, der Ausschuss solle sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich beteiligen. Fragen und Sachverständigenwünsche sollten gegebenenfalls über die Obleute im federführenden Ausschuss beantragt werden. Es sei sinnvoll, wenn sich zum SPD-Antrag zunächst die antragstellende Fraktion äußere.

Auf Vorschlag von **Thomas Eiskirch (SPD)** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/3837 zunächst zu schieben.

